Nr. 37 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 8. Februar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunftsgebühr 10 % Preiszuschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach behördlichen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 30 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.56, „ „ 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.48, „ „ 7.47. Nach d. Auslande in Preuß. mögl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Die Bewegung in Norddeutschland

Mit der Einsetzung der neuen provisorischen Regierung in Bremen ist gleichzeitig auch schon die Ruhe wieder eingezogen. Folgende Meldungen liegen vor:

× **Bremen, 6. Februar.** Die neue provisorische Regierung erließ folgende Verfügung: „Alle seit der Revolution auf Anweisung der Regierung Ebert-Scheidemann durch das Kriegsministerium erlassenen Verfügungen und Anordnungen, die von den bisherigen Machthabern nicht anerkannt wurden und deren Durchführung damit nicht vollzogen ist, treten unverzüglich in Kraft. Alle militärischen Stellen Bremens haben ohne Verzögerung alle Bestimmungen des Kriegsministeriums durchzuführen, die jetzt noch keine Gültigkeit haben."

* **Bremen, 7. Februar.** Die Arbeiter der Weser-Werft, die gestern morgen vollzählig zur Arbeit erschienen waren, haben um 10 Uhr die Arbeit niedergelegt und die Werft wieder verlassen. Sie verlangen die Räumung der Werft von der militärischen Besatzung. Wenn die militärische Besatzung von der Werft zurückgezogen ist, wollen die Arbeiter um 12 Uhr die Arbeit wieder aufnehmen. Unter den Arbeitern der Werft herrscht eine erregte Stimmung. — Die Entwaffnung der Arbeiterschaft in Bremen erfolgt nur unter großem Widerstand und immer neuen Gegenangriffen der Arbeiter.

Nachdem der Ausstand der Hamburger Beamten, die damit gegen die Gewaltpolitik der Radikalen demonstrierten, beigelegt war, ist es

in Hamburg

zu neuen Unruhen gekommen. Der Zentralrat der Beamten teilte u. a. mit, daß die Verhandlungen keine völlige Klärung gebracht hätten, daß aber die Beamten unter Berücksichtigung der weitgehenden Schädigungen durch den Streik die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Ueber die Lage berichtet die folgende Meldung:

* **Hamburg, 6. Februar.** Die Hamburger Spartakiden bemächtigten sich der Waffen. Der Linksradikale Dr. Herz hatte sich den Beamten persönlich dafür verbürgt, daß die Arbeiter die zu Unrecht erhaltenen Waffen abliefern würden und daß die persönliche Sicherheit der Beamten gewährleistet sei. Inzwischen ist aber bekanntgeworden, daß die Spartakiden in Wilhelmsort den Oberbahnhofsvorsteher gewaltsam gefangengesetzt haben, so daß sich ein großer Teil der Beamten heute mittag mit der Einigung bereits unzufrieden zeigte. Während des Tages wurden in der großen Turnhalle in St. Pauli und in andern Orten die Einschreibungen für die Waffenausgabe an das Proletariat fortgesetzt und nachmittags an alle Proletarier, die sich meldeten, ohne Ausweis Waffen ausgegeben. Gegen abend stürmten die so bewaffneten Spartakiden das Stadthaus, wo sich das Hauptquartier der Sicherheitsmannschaft befand, und bemächtigten sich aller dort vorhandenen Waffen und der Munition. Gleich darauf wurde der Rathausmarkt von bewaffneten Matrosen und Matrosen abgesperrt, das Rathaus besetzt; die dort befindlichen Waffen wurden gewaltsam mit Beschlag belegt. Dann zog ein großer Haufe Bewaffneter nach der Bundesstraße zur Kaserne der 76er, um die Truppen zu entwaffnen. Ein andrer Trupp begab sich nach Altona und Bahrenfeld, um die von den Truppen wiedergenommenen Kasernen des Fußartillerieregiments Nr. 20 und die Kaserne des Feldartillerieregiments Nr. 45 zu besetzen und die Kanonen in seine Gewalt zu bekommen.

k. **Berlin, 7. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Im Bereiche der Provinzen Brandenburg und Pommern finden Truppenkonzentrationen statt. Wie verlautet, sind die Truppen zum Vormarsch nach Hamburg bestimmt.

Vom Hamburger Soldatenrat wurde bekanntgegeben, daß die angeordnete Mobilmachung in Alarmbereitschaft umgewandelt wurde. Auch

in Kiel

haben sich die Dinge zugespitzt, doch scheint die Garnison auf der Seite der Regierung zu stehen:

* **Kiel, 7. Februar.** Die Lage in Kiel ist in den Nachmittagsstunden ernster geworden. Die Spartakiden stürmten mittags die Flugstation auf dem städtischen Sport- und Spielplatz, setzten sich in den Besitz von Waffen und Munition und verteilten sie an die Arbeiterschaft. Die Kommunisten haben sich auch der Frauengewerbeschule bemächtigt und diese mit Maschinengewehren stark befestigt. Von dort aus sind sie in der Lage, das Gewerkschaftshaus mit ihren Waffen zu beherrschen. Nachmittags durchzogen Regierungstruppen auf Lastautos, die mit Maschinengewehren und bewaffneten Mannschaften besetzt waren, die Straßen. Es kam nirgends zu Unruhen. Die Aushändigen verlangen die restlose Anerkennung ihrer Forderungen. Die Hauptforderungen sind: die Entwaffnung und Entfernung der Kieler Sicherheitstruppen und ihre Ersetzung durch eine neue Sicherheitswache, die von Soldaten gebildet werden soll. Kiel war abends auffällig still. Der Straßenverkehr und der Polizeidienst ruht vollständig. Die Eisenbahn verkehrt planmäßig.

k. **Berlin, 7. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Kiel hat sich die Kieler Garnison für die Reichsregierung erklärt. Matrosen, die den Anschluß der Truppen an die kommunistische Bewegung herbeiführen wollten, wurden festgenommen. Bei den Kämpfen vor den Kasernen in der Nacht zum Donnerstag hat es neun Tote und dreiundzwanzig Verwundete gegeben.

Der in den Arbeiterversammlungen beschlossene Generalstreik ist, wie weiter berichtet wird, gestern in allen Großbetrieben in Kiel und Umgebung durchgeführt worden.

•

Einigung in Düsseldorf

× **Düsseldorf, 6. Februar.** Zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiterrates und den Vertretern der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen sind die Verhandlungen heute wieder aufgenommen worden. Auf Grund dieser Verhandlungen sind der Generalstreik und die Aufforderung zur vorläufigen Zurückhaltung von Geldzahlungen und Steuern aufgehoben worden.

Die Entschädigungsfrage

Reuters Sonderberichterstatter in Paris meldet vom 6. d. M., es werde erwartet, daß bei der nächsten Zusammenkunft der Schadenvergütungskommission die einzelnen Nationen in der Lage sein würden, ihre Forderungen der Kommission vorzulegen. Zur Zeit bemühten sie sich alle, die Verhandlungen nicht dadurch in die Länge zu ziehen, daß sie unmögliche Forderungen stellten. Die wichtigste Frage werde zweifellos die sein, bis zu welchem Betrage die Mittelmächte in der Lage sein würden, zu zahlen. Wenn dies entschieden sei, würde die Kommission die verschiedenen Ansprüche ihrer Berechtigung und Dringlichkeit nach einteilen. Denn man erkenne allgemein an, daß der gesamte deutsche Reichtum nicht genüge, um alle mittelbaren und unmittelbaren Verluste, die Deutschland durch den Krieg verursacht habe, zu decken. Die Ansprüche Belgiens, wo jedes Haus Schaden erlitten habe, seien in großen Umrissen der belgischen Kommission in Paris bekannt. Man erwarte aber die Festsetzung der Endsumme nicht vor einer Woche. Große Forderungen würden wahrscheinlich auch für die durch zwangsweise Beschädigung erlittenen Verluste gestellt werden. Für eine große Zahl belgischer Industrieanlagen betrügen die Verluste durch den Krieg fast drei Viertel ihres gesamten Kapitals, während eine Million Arbeiter vollständig beschäftigungslos gewesen sei. Ein Teil des angerichteten Schadens sei unvermeidlicher Kriegsschaden. Die Konferenz habe bisher noch nicht beschlossen, daß diese Verluste Deutschland angerechnet werden sollten. — Weiter wird berichtet:

sch. **Lugano, 7. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Laut Pariser Meldungen vertreten die italienischen Delegierten den Standpunkt, daß nur die Schäden der kriegführenden Länder, soweit sie nicht durch Kriegsnotwendigkeit gerechtfertigt sind, ersetzt werden. Sämtliche feindliche Länder sollen solidarisch haftbar, alle Sieger solidarisch berechtigt sein. Alle Teile der zerfallenen Kaiserreiche sollen proportional haften. Die jetzt mit der Entente befreundeten Teilstaaten werden von der Haftbarkeit nur befreit, falls die feindlich gebliebenen, z. B. Deutsch-Oesterreich, den Ausfall decken können. Dieser Unterscheidung der einzelnen Nationen, die doch auch mit der Entente Krieg geführt haben, fehlt natürlich jede Rechtsgrundlage.

Aus dem besetzten Gebiet

w. **Frankfurt a. M., 7. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) In Mainz hat ein französischer Kolonialsoldat eine Dirne erdrosselt. — Aus Bodenheim am Rhein wird berichtet: Bei einem hiesigen Landwirt fanden die Franzosen bei einer Hausdurchsuchung mehrere Gegenstände, die in der Umgebung von Reims gestohlen waren und die er einem Soldaten im Felde abgekauft hatte. Das Kriegsgericht verurteilte den gänzlich unbescholtenen verheirateten Mann, Vater mehrerer Kinder, zu fünf Jahren Gefängnis. — Die französische Besatzung läßt in den Höchster Farbwerken alle Geschäftsbücher durcharbeiten und Abschriften daraus nehmen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Büchern gewidmet, in denen die ausländische Kundschaft verzeichnet steht.

Sitzung des Zentralrats

× **Berlin, 6. Februar.** Bericht über die Sitzung des Zentralrates am 5. Februar: Die auch in der Presse bekannt gewordenen Mitteilungen über mangelnde Verteilung von Aufträgen und die Zurückziehung bereits vergebener Aufträge hat dem Zentralrat Veranlassung gegeben, diese Dinge einer gründlichen Besprechung zu unterziehen, und er beabsichtigt, sie gemeinsam mit dem preußischen Ministerium und den betreffenden Staatssekretären zu besprechen. Die zahllosen Schiebungen, die beim Verkauf von Heeresgut, insbesondere von Pferden, vorgekommen sind, haben viele Klagen veranlaßt. Im Anschluß daran wird beschlossen, einem Antrage des Kriegsministeriums zuzustimmen, der für die Herbeischaffung zu Unrecht erworbenen Heeresgutes Prämien vorschlägt. Von verschiedenen Seiten ist dem Zentralrat die Aufforderung zugegangen, gegen derartige Machenschaften mit allen Mitteln vorzugehen. Ueber die Art der Werbung der Freiwilligen wird vielfach geklagt, ebenso über die Unordnung in der Aufstellung der einzelnen Truppenteile für den Grenzschutz. Anwerbung und Organisierung der Truppen erfolgt jetzt durch einzelne Offiziere auf eigene Faust ohne Berücksichtigung größerer Gesichtspunkte. Ueber diese letzteren Angelegenheiten beabsichtigt der Zentralrat mit den zuständigen Stellen in Besprechungen einzutreten.

Der erste Tag der deutschen Nationalversammlung

Eröffnung im Nationaltheater zu Weimar am Donnerstag den 6. Februar

b. **Weimar, 6. Februar.** (Eig. Drahtbericht.)

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Nebenräume sind überfüllt. An dem Tisch für die Volksbeauftragten und Staatssekretäre und für die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen haben Ebert, Scheidemann, Landsberg, Bauer, Erzberger, Hirsch, Südekum, Unterstaatssekretär Baake und andre Platz genommen.

Pünktlich um 3¼ Uhr nachmittags eröffnet der

Volksbeauftragte Ebert

die Versammlung mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren!

Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beifall.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zischen rechts.) Soweit das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts, wiederholter starker Beifall links. Rufe rechts: Abwarten!) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert sich in aller Zukunft selbst. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Mit Noske!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Weg, auf dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: Oho! Rufe links: Nein, nitmals!) Meine Herren und Damen! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. (Zuruf: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unsrer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik und der Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsre schwere Lebensmittelnot. (Sehr wahr! Widerspruch. Zurufe: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade viele Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unsern Lebensmitteln ausgereicht hätten. Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert. Aber nicht nur uns, auch unsre Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unsern Feinden entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke. So wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern

den schärfsten Protest

heraus. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.) Das deutsche Volk kann nicht auf zwanzig, vierzig oder sechzig Jahre zum Lohnsklaven andrer Länder gemacht werden. (Erneuter lebhafter Beifall und Zustimmung.) Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Hand-in-Hand-Gehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unsrer früheren Unfreiheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsre Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Wir haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erstehen. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Sie richten ihn wieder auf!) Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen dauernden Frieden haben unsre Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind aber bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. (Pfuirufe.) Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben. (Erneute Pfuirufe.) Das besetzte linksrheinische Gebiet wird von dem übrigen Deutschland abgeschlossen. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Weimar wird auch abgedrängt!) Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer auszubeuten gesucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Verslavung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsre 800 000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten und sind von seelischem Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht. (Pfuirufe. Zuruf auf der äußersten Linken: Wir behalten ja die Russen auch noch!) Aus diesem Akt der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. (Zustimmung.) Die Waffenstillstandsbedingungen waren damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren; wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schweren Verpflichtungen gerecht zu werden?

Wir warnen die Gegner,

uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf die weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: Lieber vermehrte Entbehrung als Entehrung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren brauchen, auch noch diejenigen kommen, die glaubten, Deutschland habe nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Verzweiflung durchsetzen. Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonschen Frieden, auf den wir Anspruch haben. (Beifall.) Unsre freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts andres, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann in der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dienen dem Sozialismus, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und durch Vergewaltigung unsres Volkes und unsrer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotzdem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft. Es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben. Wir können nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. (Beifall.) Unsre deutsch-österreichischen Brüder haben bereits auf ihrer Nationalversammlung am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der deutschen Republik erklärt. (Beifall.) Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns den Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unsrer und ihrer Nationalversammlung gelingen werde, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder zu knüpfen.

Deutsch-Oesterreich muß mit dem Mutterlande für alle Zeiten vereint werden.

(Beifall.) Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voller Freude begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. (Langer Beifall.) Unsre Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und herzlich willkommen heißen. (Beifall.) Sie gehören zu uns und wir zu ihnen. (Beifall.) Ich darf auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. (Beifall.) Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen, dann wollen wir wirklich sein ein einig Volk von Brüdern. (Langer Beifall.) Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung anheimfallen. Geschichte und Vergangenheit hemmen zwar die Bildung eines straffen, zentralen Einheitsstaates, aber die verschiedenen Stämme und Dialekte müssen zu einer Nation und zu einer Sprache zusammenklingen. Nur ein festgefügtes einiges Deutschland kann die Zukunft unsres Volkes sicherstellen. (Beifall.) Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren die Konkursverwalter des alten Regimes. (Sehr wahr links, Widerspruch und Lachen rechts.) Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen A.- und S.-Räte (Widerspruch und Lachen rechts. Ebert wiederholt nachdrücklich die letzten Worte. Lebhafte Zustimmung links) unsre Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Uebergangszeit zu überwinden, haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. (Widerspruch rechts.) Viele fortgesetzten Unterbrechungen (zur Rechten gewandt) lassen wahrlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland seit Monaten und Wochen durchmacht, herzlich wenig gelernt haben. (Stürmische Zustimmung links.) Wenn der Erfolg unsrer Arbeit nicht unsern Wünschen entsprach, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden. Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch die hohen sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft im dem alten Staate verschaffte, es verabsäumt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir richten auch deshalb an die Unternehmer den dring-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190208/1